

## Nach der Wahl ...

... ist vor der Wahl. Eine Binsenweisheit. Für uns heißt sie: Neue Aufgaben liegen vor uns. Am 3. und 4. Dezember wird die 1. Tagung des 10. Landesparteitags zusammentreten. Wieder sind zwei Jahre ins Land gegangen. Zwei Jahre voller Arbeit, gekrönt von einem schönen Erfolg: dem Einzug der Linkspartei.PDS als Fraktion in den Deutschen Bundestag, darunter vier Berliner Abgeordnete.

Als die Delegierten der PDS Berlin im Dezember 2003 zum 9. Parteitag zusammentraten, hatten wir uns eine Menge Arbeit vorgenommen. Im Kern das Projekt 04-06. Das hieß: 2004 den Wiedereinzug ins Europäische Parlament und 2006 den Wiedereinzug als Fraktion in den Deutschen Bundestag. Nun ist daraus ein erfolgreiches Projekt mit einem Zwischenschritt 05 geworden. 06 liegt noch vor uns.

Jetzt gilt es, die neue Linkspartei zu schaffen und einen erfolgreichen Wahlkampf für die Berliner Wahlen 2006 vorzubereiten.

Die Zeichen stehen gut. Täglich haben wir Neueintritte. Die Partei lebt und wird in den Medien wahrgenommen. Der Debattenprozess mit der Berliner WASG hat begonnen und muss zügig zum Abschluss geführt werden.

Der Parteitag muss diesen Prozess bilanzieren und einen Wegweiser zum Ziel setzen.

An unserem Schwerpunktthema Soziale Stadt hat der 9. Parteitag bereits gearbeitet. Weitere inhaltliche und strategische Debatten und Entscheidungen stehen an. Dieser Vorbereitung für den Berliner Wahlkampf 2006 muss der Parteitag sich widmen.

Die Zeit läuft und die Grundlagen für ein erfolgreiches Jahr 2006 müssen jetzt gelegt werden. Gemeinsam müssen wir die Herausforderungen annehmen. Gemeinsam werden wir sie meistern.

■ Carsten Schatz,  
Landeswahlkampfleiter



Foto: Archiv

**Gegen Nazis in Pankow:** Hunderte demonstrierten Mitte Oktober gegen einen Aufmarsch der Jugendorganisation der NPD und so genannter freier Kameradschaften. Bezirksbürgermeister Burkhard Kleinert und der Landesvorstand der Linkspartei.PDS hatten zum Protest gerufen.

## Die Mühen der Ebene

Es gibt gute Gründe, die neue Linkspartei zu wollen. Und es gibt gute Gründe, sie schnell zu schaffen. Noch trägt der Schwung aus dem gemeinsamen Wahlkampf, noch ist die Erwartung groß, die viele in die neue Linke setzen. Aber auch die Mühen der Ebene, wie Brecht einst meinte, sind groß, gerade hier in Berlin.

Bundesweit hat sich die WASG aus Protest gegen die rot-grüne Bundespolitik und in Abgrenzung zur PDS gegründet. Die Berliner WASG indes formierte sich aus Protest gegen den rot-roten Senat und in Widerstand zur PDS. Das schlug Wunden, die nur langsam heilen.

Trotzdem wollen wir das bundesweite Projekt nicht blockieren. Im Gegenteil, wir wollen es befördern. Das war die ganz einhellige Meinung auf der Klausur des Landesvorstandes der Linkspartei.PDS.

Bereits viermal gab es offizielle Gespräche zwischen der Berliner Linkspartei und der Berliner WASG. Jedes Mal kamen wir ein kleines Stück voran. Aber dabei zeigten sich auch neue Probleme. Die Verhandlungsgruppe der WASG wechselt häufig ihre Köpfe und niemand weiß genau, ob und wie lange sie überhaupt noch legitimiert ist, belastbare Vereinbarungen zu treffen. Der amtierende Landesvorstand der WASG hat sich de facto selbst aufgelöst. Wie der nächste aussehen wird und was er politisch-strategisch verfol-

gen wird, das steht noch in den Sternen.

Der alte WASG-Vorstand kommunizierte gern über die Medien. Journalisten gefällt es natürlich, wenn Konflikte gären. Das ist Stoff, aus dem Sensationchen erwachsen. Unsere Strategie ist anders: Wir wollen Vertrauen und Klarheit schaffen. Denn natürlich hat Harald Wolf Recht, wenn er sagt: Wir wollen darüber reden, ob es für die eine oder andere Sachfrage nicht auch bessere Lösungen gibt. Aber bitte mit Realitätssinn.

Deshalb hatten wir der WASG Fachgespräche angeboten, um gemeinsam Widersprüche zu erhellen und Missverständnisse auszuräumen. Das wollte die WASG nicht. Sie plädierte stattdessen für Podien mit Publikum. Nun haben wir uns geeinigt: Fachleute aus beiden Parteien sollen sieben Themen sondieren und daraus dann öffentliche Foren entwickeln.

Rechtlich betrachtet sind wir sogar zum Erfolg verdammt. Das weiß auch die Berliner WASG, hoffe ich. Denn gesetzt den Fall, Linkspartei.PDS und WASG würden zu den Abgeordnetenhaus-Wahlen 2006 konkurrieren, würde das den Bestand der Linksfraktion im Bundestag gefährden. Die Geschäftsordnung des Bundestages sagt nämlich: Mitglieder der Fraktionen dürfen «in keinem Land miteinander im Wettbewerb stehen».

■ Klaus Lederer,  
stellv. Landesvorsitzender

# Thema:

# Unterstützung für Samsung-Belegschaft

## Warum starke Gewerkschaften auch gut für die Wirtschaft sind

### Kürzungen auf dem Prüfstand

Nach Auffassung der Linkspartei.PDS-Fraktion im Abgeordnetenhaus sind die Vorstellungen des Senats, im Bereich der Hilfen zur Erziehung 18 Mio. Euro im Jahre 2006 und noch einmal 15 Mio. Euro im Jahre 2007 einzusparen, problematisch. Beschlossen wurde deshalb, die vorgesehenen Kürzungen im Rahmen der Haushaltsberatungen noch einmal auf den Prüfstand zu stellen. Vorstellbar sei, eine Regelung zu finden, wonach notwendige Mehrausgaben der Bezirke in höherem Ausmaß, als bisher vorgesehen, durch das Land ausgeglichen werden.

### 3-Euro-Ticket stark nachgefragt

Das erst vor einigen Monaten gemeinsam mit den Berliner Theatern und Konzerthäusern durch Linkspartei.PDS-Kultursenator Thomas Flierl initiierte 3-Euro-Kulturticket für ALG-II-Bezieher/innen erfreut sich wachsender Beliebtheit. Über 2.100 Karten wurden bereits verkauft – an der Spitze der Nachfrage steht dabei der Friedrichstadtpalast. Die Koalitionsfraktionen unterstrichen, dass weitere Anbieter von Kultur und Kunst geladen seien, sich dieser Initiative anzuschließen. Auch das „Wiener Modell“ des privaten Kartensponsorings durch Bürgerinnen und Bürger sei als Ergänzung des 3-Euro-Tickets willkommen.

### Debatte zu Straßenausbau

Die Fraktion der Linkspartei.PDS im Abgeordnetenhaus hat nach einer intensiven Debatte ihre bereits Anfang des Jahres zum Entwurf eines Straßenausbaubeitragsgesetzes formulierte Kritik erneuert. In dem Beschluss vom Februar war verabredet worden, Verbesserungen im Prozess der parlamentarischen Befassung mit dem Gesetz zu erreichen. Derzeit wird in Gesprächen mit der SPD geklärt, was dabei machbar ist.

Werksschließung bei Samsung in Oberschöne-weide mit einem drohenden Verlust von 750 Arbeitsplätzen, der Abbau von 200 Arbeitsplätzen bei Reemtsma – das waren die schlechten Nachrichten zum Wirtschaftsstandort Berlin der vergangenen Wochen. Vor allem der Fall Samsung stimmt bitter. Denn es ist seit langem bekannt, dass der Absatz von Bildröhren, dem Hauptprodukt des Werkes, zurückgeht. Aber das Unternehmen, das fast 30 Millionen Euro Fördermittel erhielt, hat wenig bis gar nichts dafür getan, parallel zur bestehenden eine neue, zukunfts-sichernde Produktion aufzubauen. Viel Zeit ging verloren, in der Senat und Belegschaft immer wieder darauf hinwiesen, dass das Werk Oberschöne-weide neue Produkte braucht.

Solange die Belegschaft von Samsung um ihr Werk kämpft, werde ich sie deshalb unterstützen. Denn ich halte nichts vom derzeit modischen neoliberalen Fatalismus nach dem Motto „Jobschwund ist eine zwangsläufige Folge der Globalisierung“. Es gibt aber andererseits auch genug Beispiele dafür, dass es sich lohnt, in Berlin zu investieren und zu produzieren. Gillette verdient mit den Produkten seines hoch innovativen Berliner Werks weltweit gutes Geld. Dasselbe beweisen auch Schering, Berlin Chemie, BMW und viele andere Unternehmen mehr.

Dies auch deshalb, weil es hier Gewerkschaften und Betriebsräte gibt, die mit Selbstbewusstsein und Verantwortungsgefühl für ihre Jobs handeln. Das sei denjenigen ins Stammbuch geschrieben, die meinen, man müsse nur Kündigungsschutz, Flächentarif und betriebliche Mitbestimmung

schleifen, und schon würde alles gut.

Ich widerspreche ausdrücklich: Starke Gewerkschaften und Betriebsräte sind gut für die Wirtschaft. Ohne Betriebsrat und IG Metall hätten wir keine Chance gehabt, die Arbeitsplätze im Bosch-Siemens-Hausgerätekwerk zu erhalten. Ohne Betriebsrat und IG Chemie wäre die BASF nicht mit 600 neuen Jobs nach Berlin gekommen!

Die Industriepolitik des Berliner Senats bezieht die Gewerkschaften bewusst mit ein. Nächstes Jahr wird im Haushalt der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen ein Fonds mit 500.000 Euro eingerichtet. Daraus werden Betriebsräte gemeinsam mit Unternehmensleitungen externe Beratung für die Modernisierung ihrer Betriebe in Anspruch nehmen können.

Mit der strategischen Neuausrichtung der Berliner Wirtschaftspolitik setzen wir gleichzeitig gezielt auf die Wachstumsbranchen der Zukunft – Medizintechnik, Biotechnologie, Verkehrssystemtechnik, IT und Medien sowie optische Technologien. Aber wir verlassen uns nicht nur auf die Arbeitsplätze der Zukunft. Wir kämpfen genauso hartnäckig um den Erhalt der Jobs in der Industrie der Gegenwart. Denn ohne eine industrielle Basis gibt es auch keinen starken Dienstleistungssektor.

Auch deshalb ist es wichtig, dass alle Berlinerinnen und Berliner sich mit den Beschäftigten von Samsung solidarisieren. Denn die Jobs bei Samsung gehen alle an!

■ Harald Wolf

Senator für Wirtschaft, Arbeit und Frauen



**Arbeitskampf** Wirtschaftssenator Harald Wolf stärkt den Beschäftigten von Samsung den Rücken im Kampf um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze.

Foto: Christoph Lang





Foto: Archiv

**Die Linksfraction** wählte sich einen 14-köpfigen Vorstand, in dem mit Gregor Gysi, Gesine Lötzsch und Petra Pau auch drei Berliner Bundestagsabgeordnete mitarbeiten.

## Für eine andere Innen- und Sozialpolitik

Gespräch mit der stellvertretenden Vorsitzenden der Linksfraction, Petra Pau

**Die Konstituierung des Bundestages endete im Eklat. Lothar Bisky wurde nicht zum Vizepräsidenten gewählt.**

*Petra Pau:* Es ist erschreckend, wie kleingeistig und wie kurzsichtig sich die Mehrheit verhalten hat. Damit hat sie dem Bundestag einen Bärendienst erwiesen. Auf jedem Bolzplatz geht es gesitteter und regelgerechter zu. Aber das Schlechte hatte auch sein Gutes: Durch diese Erfahrung wurde unsere bunte Linksfraction blitzschnell zusammenschweißt.

**Und die Linkspartei war wieder einmal in allen Medien.**

*Petra Pau:* Richtig, aber mit den falschen Themen. Ich hätte lieber über die Bundeswehr geredet, die nach dem Willen der CDU/CSU im Inneren eingesetzt werden soll. Oder über die durchsichtige Kampagne gegen vermeintliche ALG-II-Betrüger.

**Du bist eine von sechs stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden, Glückwunsch.**

*Petra Pau:* Und ich leite den Arbeitskreis „Demokratie und Bürgerrechte“, wozu die Innenpolitik, die Rechtspolitik und einige weitere Gebiete gehören. Das war auch in den letzten Jahren mein Hauptgebiet. Aber jetzt, als Fraktion, haben wir natürlich viel mehr Leute und die vollen parlamentarischen Rechte.

**Was sind innenpolitisch eure ersten Vorhaben?**

*Petra Pau:* Ich habe über eine parlamentarische Anfrage sofort das Thema Rechtsextremismus auf die Tagesordnung gesetzt. Außerdem werden wir auf mehr direkte Demokratie auch auf Bundesebene drängen. Und wir wollen eine soziale Grundsicherung für alle, für jede und jeden.

**Das fordern Sie als Innenpolitikerin?**

*Petra Pau:* Na klar, und Hartz-IV-Betroffene wissen auch warum. Wer nämlich ALG II beantragt, muss ein Formular mit 150 bis 170 ganz persönlichen Fragen ausfüllen. Das ist wider jeden Datenschutz. Wer arm dran ist, dem werden auch noch Bürgerrechte genommen. Mit einer Grundsicherung entfielen dieser Datenklau. So greifen Innen- und Sozialpolitik ineinander.

**Was bringt die Linksfraction für Berlin?**

*Petra Pau:* Alle großen Themen sind natürlich auch Berliner Themen. Gelingt es uns, „Hartz IV“ zu entgiften, dann würde das Hunderttausende Berlinerinnen und Berliner erleichtern. Aber es gibt auch spezifische Berlin-Themen. Ich nenne nur den Hauptstadt-Kulturvertrag oder den unsäglichen Abrissbeschluss zum Palast der Republik. Dafür will ich die neue, bunte Linksfraction sensibilisieren.

### Übergangsprobleme

Der neue Bundestag konstituierte sich am 18. Oktober 2005. Bis dahin waren noch die Abgeordneten aus der 14. Legislatur zuständig. Seit dem 19. Oktober haben die „alten“ MdBs begonnen, ihre Büros zu räumen. Erst danach können die „neuen“ Abgeordneten ihre Arbeitsräume nebst Telefon, Fax, Computer usw. einrichten. Ergo wird auch die Linksfraction erst Ende November, Anfang Dezember 2005 hinreichend arbeitsfähig sein.

### Bundestagsadressen

Post an die Linksfraction ist folgendermaßen zu adressieren: Fraktion „Die Linke“, Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin. Als vorläufige Telefon- bzw. Fax-Nummern gelten: Tel. 030 / 22 77 12 48 und Fax 030 / 22 77 62 48.

Die Linke  
im Bundestag:

➔ [www.linksfraktion.de](http://www.linksfraktion.de)

**Wahlkreisbüro  
Dr. Gesine Lötzsch**

2. Obergeschoss  
Ahrenshooper Str. 5  
13051 Berlin  
Tel (0 30) 99 27 07 25  
Fax (0 30) 99 27 07 26  
wahlkreis@gesine-loetzsch.de  
www.gesine-loetzsch.de  
**Bürgersprechstunde:**  
15. 11. 2005, 17 bis 18 Uhr

**Wahlkreisbüro  
Petra Pau**

Henny-Porten-Str. 10-12  
12627 Berlin  
Tel. (0 30) 99 28 93 80  
Fax (0 30) 99 28 93 81  
petra.pau@wk.bundestag.de  
www.petra-pau.de  
**Bürgersprechstunde:**  
16. 11. 2005, 10 bis 12 Uhr  
7. 12. 2005, 10 bis 12 Uhr

## Termine:

6. November

### **(Ost)deutsch – (West)deutsch im interkulturellen Härtetest!?**

Salon interkulturell, Musik & Politik  
Mit Annkatrin Michler, Prof. Dr. Dietrich Mühlberg, Prof. Christoph Stölzl, Olaf Georg Klein, MTS, Moderation: Karin Hopfmann  
19 Uhr, OXIDENT EventBar, Frankfurter Allee 53, 10247 Berlin  
Weitere Informationen: [www.hellepanke.de](http://www.hellepanke.de)

16. November

### **Berlin – ein Zentrum des antifaschistischen Widerstands**

Neue Forschungsergebnisse  
Referent: Dr. Günter Wehner, Moderation: Dr. Ingrid Matschenz  
19 Uhr, Klubkeller, Alt-Marzahn 64  
Weitere Informationen: [www.hellepanke.de](http://www.hellepanke.de)

23. November

### **Tegeler Dialoge zur Demokratie**

„Die da oben“ – Volksvertreter? Staatschauspieler? Traumtänzer?  
SPIEGEL-Journalist Jürgen Leinemann liest aus seinem Buch „Höhenrausch. Die wirklichkeitsleere Welt der Politiker“  
19 Uhr, Roter Laden, Schloßstr. 22, 13507 Berlin-Tegel  
Weitere Informationen: [www.hellepanke.de](http://www.hellepanke.de)

26. November

### **Gefahren vom rechten Rand für die Demokratie. Analysen und Erfahrungen des Widerstandes**

Mit Lutz Brangsch, RLS, Petra Pau, MdB, Roland Bach, AG Rechtsextremismus der Linkspartei.PDS  
Moderation: Horst Helas, RLS  
11 bis 15 Uhr, Umspannwerk, Palisadenstr. 48 (Nähe U-Bahnhof Weberwiese)  
Anmeldung bis 18.11.2005 erbeten: Tel. 44 31 01 58 oder [rubisch@rosalux.de](mailto:rubisch@rosalux.de)

29. November

### **Zum 185. Geburtstag von Friedrich Engels**

Literarisch-musikalischer Abend mit Gina Pietsch, Uwe Streibel, Prof. Dr. Hubert Laitko, Hans-Peter Minetti, Steffen Mensching, Prof. Dr. Heinrich Gremkow und Dr. Angelika Haas  
18 Uhr, Kopenhagener Str. 9, 10437 Berlin, Karten im Vorverkauf  
Info: [www.hellepanke.de](http://www.hellepanke.de)

## Impressum:

Die Linkspartei.PDS  
Landesvorstand Berlin  
Karl-Liebknecht-Haus  
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin  
Tel. 24 00 93 01, Fax: 24 00 92 60  
E-Mail: [lv@pds-berlin.de](mailto:lv@pds-berlin.de)  
V. i. S. d. P.: Annegret Gabelin  
Titel & Gestaltung: WARENFORM  
Druck: Druckerei Bunter Hund  
Redaktionsschluss: 27. 09. 2005

## Kalenderblatt:

# 20. November 1945

## Beginn der „Nürnberger Prozesse“

*Vor 60 Jahren begann in Nürnberg der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher. Angeklagt wurden vorerst 24 Repräsentanten des Hitlerregimes. Die Anklageschrift des Internationalen Militärgerichtshofs gegen „Hermann Wilhelm Göring und andere“ zielte auf vier Strafbestände: Verschwörung, Verbrechen gegen den Frieden, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Reichsmarschall Göring galt lange Zeit als zweiter Mann hinter Adolf Hitler. Er wurde in allen vier Anklagepunkten für schuldig befunden. Der Urteilstvollstreckung entzog sich Göring durch Suizid. Die erste Prozessphase endete am 1. Oktober 1946. 12 Angeklagte wurden zum Tode verurteilt. Sieben erhielten Haftstrafen, die sie im Kriegsverbrecher-Gefängnis in Berlin-Spandau verbüßen sollten, wobei die meisten nach relativ kurzer Zeit wieder entlassen wurden. Drei Angeklagte wurden freigesprochen. Außerdem wurden vier Organisationen für verbrecherisch erklärt und mithin verboten: Die SS, der SD, die Gestapo und das Führerkorps der NSDAP. Dem Hauptprozess folgten weitere, unter anderem gegen Konzernspitzen, die*

*am faschistischen Völkermord beteiligt waren und vom 2. Weltkrieg profitiert hatten. Zu den bekanntesten zählte der Chemie-Riese „IG Farben“. Nahezu die gesamte Konzernspitze war Mitglied der NSDAP. Die IG Farben produzierte das Giftgas „Zyklon B“, mit dem Hunderttausende KZ-Häftlinge „industriell“ ermordet wurden. In Konzentrationslagern betrieb der Konzern Produktionsstätten mit Zwangs- und Sklavenarbeit. Der Aufsichtsrat galt als „Rat der Götter“. Seine Verflechtungen und Verbrechen wurden in einem gleichnamigen DEFA-Film (Regie: Kurt Maetzig) nachvollzogen. Er ist als DVD wieder im Handel. Die Urteile gegen die IG-Farben-Führung indes fielen milde aus. Der Kalte Krieg überschattete längst die Nürnberger Nachfolgeprozesse. Und das entscheidende Urteil, nämlich die Zerschlagung des Chemie-Konzerns, wurde nie vollzogen. Damit war im Westteil Deutschlands auch ein Auftrag aus dem „Potsdamer Abkommen“ obsolet, wonach Konzerne wie die IG Farben ersatzlos zu liquidieren waren.*

■ Axel Hildebrandt

## 3./4. Dezember:

### **10. Landesparteitag der Linkspartei.PDS Berlin**

**Beginn: 3. Dezember 2005, 10 Uhr**

**Energie-Forum Berlin am Ostbahnhof, Stralauer Platz 34, 10243 Berlin**

### **Vorläufige Tagesordnung:**

1. Die Aufgaben für Die Linke.PDS Berlin 2006/2007
2. Wahl des Landesvorstands
3. Wahl der Landesschiedskommission
4. Wahl der Landesfinanzrevisionskommission

**DIE LINKE. PDS**  
Landesverband Berlin

# Service